ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Sowjet-Deutschland — Der italienische Faschismus (v. H. W. Gerhard) — Gegen den Strom trotz alledem! (v.R.R.) — Wilhelm II. und der Anarchismus

NR. 1

PREIS 40 Pfg. (70 Gr.)

JAHRGANG 5 BERLIN OKTOBER 1930

EMIL PATAUD UND EMIL POUGET:

DAS LETZTE GEFECHT

Aus dem Französischen übersetzt von R. Rocker

Illustriert von Fermin Rocker

Dieses Buch der französischen Syndikalisten Pataud und Pouget, durch Peter Kropotkin eingeleitet, befaßt sich mit der Sozialen Revolution und bietet eine Grundlage für die notwendige Diskussion dieses Problems. — Der 236 Seiten starke Band, im ASY-VERLAG erschienen, kostet 5.— Mk. Mitglieder der „G. f. B." erhalten ihn für 3.— Mk.

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch von B. Liber, New-York

(Vorzugspreis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache", an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern."

Unterstützt „FANAL" durch Bücherbestellungen!

Abonnenten erhalten auf Wunsch Zahlungserleichterung.

FANAL

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 5 **Nummer 1** **Oktober 1930**

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 43. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sowjet-Deutschland

Unser das Reich, unser die Welt! jubelte der Vorwärts, als im Jahre 1903 die sozialdemokratische Partei mit über 90 Abgeordneten aus den Reichstagswahlen hervorging und damit den größten „Wahlsieg" ihrer Geschichte buchen konnte, Chefredakteur des Blattes war damals Kurt Eisner, der noch im gleichen Jahre auf dem Dresdener Parteitag Bebels Hohn sich über die Häupter seiner revisionistischen Freunde ergießen sehn mußte, für die Begriffe jener Zeit ein Dreckkübel voll krasser Anwürfe gegen den Opportunismus der Jüngeren, nach Bebels eigenem Wort und auch im Vergleich zu der Tonart an die die Arbeiterführer unserer Tage im Verkehr miteinander ihre Gefolgschaft gewöhnt haben, ein reinigender Jungbrunnen, dazu bestimmt und geeignet, den Grind der Bequemlichkeit von dem durch Wahlerfolge fett werdenden revolutionären Leibe der Partei abzuwaschen. Es half nicht mehr. Der parlamentarische Schorf war schon zu fest verkrustet, die Sozialdemokratie war rettungslos dem Revisionismus, dem Opportunismus und dem Reformismus verfallen, der Zustrom verärgerter Kleinbürger und ehrgeiziger Intellektueller, erst recht die Ausdehnung des bürokratischen Apparates, der immer mehr mit beweglichen Schnauzen und Ellenbogen ausgestatteten Proletariern den Aufstieg zu gut bezahlten Kommandantenstellungen und ein behagliches Leben als Oberschicht über den Klassengenossen ermöglichte, ließ die Fortsetzung der nur negativen parlamentarischen Demonstrationspolitik nicht mehr

zu: die Beteiligung am bürgerlichen Parlament führte notwendig zu Konzessionen an die als Wähler zu ködernden dem Sozialismus und der Revolution gänzlich abgeneigten Spießer, zu realpolitischem Verzicht auf grundsätzliche Opposition, zu Geltungsansprüchen innerhalb des kapitalistischen Staates und zur völligen Verleugnung des revolutionären Zieles, das, nach Georg von Vollmars frechem Ausdruck nur noch als Schaustück für die Auslage Verwendung finden durfte.

Die kleine Zahl der antiparlamentarisch gesinnten Sozialisten, die die Zerschlagung der Internationale durch Marx und Engels und das Jahrzehnt der Verfolgungen und Brutalisierungen durch das Sozialistengesetz in Deutschland ungebrochen überstand, warnte von allem Anfang an vor einer proletarischen Politik, die dem Staat einen Finger reichte; der Staat sei die kapitalistische Klasse selbst, er werde nicht nur den Finger nehmen, sondern die ganze Hand und den Arm dazu und endlich das Proletariat mit Haut und Haaren verschlingen. Karl Marx freilich, wußte genau, was er von seinen wildradikalen deutschen Parteigängern zu halten hatte, in einem Brief an Kugelmann aus den siebziger Jahren schon tat er die Bebel und Wilhelm Liebknecht, die Bernstein, Grillenberger und die ganze Heroengalerie, die heute noch im gemeinsamen Ahnensaal der SPD. und der KPD. hängt, als „arme konterrevolutionäre Zungendrescher" ab. Daß er selber das konterrevolutionäre Zungendreschen revolutionärer Redensarten zum Inhalt der sozialdemokratischen Politik gemacht hatte, scherte ihn nicht. Es war nicht Marx' Art, sich für trübe Folgen seiner Anweisungen verantwortlich zu fühlen. Sonst hätte er sich eingestehen müssen, daß, was Bakunin ihm wahrhaftig eindringlich genug vorausgesagt hatte, jede Beteiligung von Staatsstürzern am Staatswerk auf Kosten der Revolution geschehe, mithin zum Vorteil des Staates ausgehen müsse. Die Parlamentstätigkeit der sozialdemokratischen Partei wurde Selbstzweck der Parteitätigkeit, da nur sie die Aufgabe, Massen um das Banner der Partei zu sammeln, erfüllen konnte. In nicht unmittelbar revolutionären Zeiten nämlich sind die wirklich zur Revolution Entschlossenen immer eine Minderheit, die Anhang im größeren Maße nur gewinnen kann, wenn sie von ihren revolutionären Zielen zu Gunsten realpolitischer Augenblicksforderungen Abstriche macht. Je mehr Anhang ihr aber aus weniger oder gar nicht revolutionsgewillten Kreisen zuläuft, umso größer wird der Einfluß der Zugelaufenen auf die Tatik der Revolutionäre, die wachsende Zahl berauscht sich an der eigenen Größe, hat nur noch den

Wunsch, immer größer und noch größer zu werden, kann wiederum nur durch weitere und immer weitere Zugeständnisse an Menschen wachsen, die außen stehen, weil es ihnen noch zu radikal aussieht, der Zulauf wird Mehrheit, die sich ständig nach rechts erweitert und die kleine revolutionäre Schar, die eine große revolutionäre Masse werden wollte, mitsamt allen ihren schönen sozialistischen Träumen, erstickt in Reformismus und Wahlklamauk. Die paar aufrechten Charaktere, die der Idee die Treue halten möchten, werden mit Hohn und Schimpf davongejagt, verbittern einsam oder retten sich in die Sekte. Die revolutionären Ziele aber bleiben dem Firmenschild zuliebe im Schaufenster liegen und werden zum 1. Mai und vor Wahlen abgestaubt.

Die Marxisten sind seltsame Wesen. Sie haben den Kapitalismus, in seiner Herkunft und Entwicklung, in seinen Methoden und Einrichtungen, in seiner Beziehung zu den Menschen und ihren Arbeitsformen, zum Staat, zum Krieg, zum Denken, Glauben und Handeln genauestens durchforscht und sind dabei zu dem erstaunlichen Ergebnis gelangt, daß man als Sozialist dieser Gesellschafts- und Lebensform nicht genug nacheifern kann, ja, daß der Sozialismus nach geschehener Revolution naturnotwendig aus dem Kapitalismus herauswachsen müsse. Naturnotwendig ist überhaupt ihr Lieblingswort, wenn es auch manchmal durch die Ausdrücke unausbleiblich oder unausweislich ersetzt wird. Wir brauchen nur dialektisch zu denken, dann klärt sich uns der Nebel aller Dinge ganz von selbst und wir erkennen, wie die imperialistische Entwicklung der Weltwirtschaft durch Erschöpfung der Absatzgebiete naturnotwendig den Kapitalismus erledigt und die Menschheit vermöge der Unausbleiblichkeit der Weltrevolution unausweichlich den Sozialismus als Wirtschaftsform annehmen muß. Alles, wofür zu kämpfen sie ihre Mannschaft aufrufen, erklären sie ihr gleichzeitig als naturnotwendige Folge der bestehenden Verhältnisse; nur daß die Einbildung, die ersehnte Zukunft steige dank unabänderlicher Gesetze sowieso aus den Zuständen und Geschehnissen der Gegenwart empor, den Kampfgeist ertöten und jeden Willen, das Leben aus eigener Kraft nach dem Bilde der eigenen Vorstellung von Freiheit und Recht zu gestalten, lähmen muß, das kommt ihnen nicht naturnotwendig vor. Was uns andern unausbleiblich und unausweichlich scheint, daß, wer den Staat regieren will, dem Staat verfallen ist, das steht nicht in ihrem Katechismus, und also gilt es nicht, und daß ein Verhalten, dessen Wirkung sich einmal schon im restlosen Untergang der Idee

und in der völligen Umkehrung der verkündeten Ziele zu ihrem Gegenteil offenbart hat, wenn es wiederholt wird, nur zu den gleichen Wirkungen führen kann, erscheint zwar uns, aber nicht ihnen als Naturnotwendigkeit.

Die deutsche Sozialdemokratie ist den vorgezeichneten Weg folgerichtig bis zu Ende gegangen: den Weg einer zentralistisch organisierten Partei revolutionärer Sozialisten, der unter Führung braver und wohlmeinender Angestellter und Parlamentarier, in Wirklichkeit armer konterrevolutionärer Zungendrescher, von der Sammlung kampfentschlossener Weniger zur Aufhäufung breiig verquollener Riesenziffern und von eifferndem Umsturzstreben zur Staatsbetreuung und Staatsregierung, mithin zur starken Schutzgarde der im Staat repräsentierten Wirtschaftsmacht, des Kapitalismus, geführt hat. Heute unterscheidet sich die Sozialdemokratie von den Nationalliberalen der Kaiserzeit nur durch betontere konservative Gesinnung; für ein Konkordat, wie es die Sozialdemokraten in Preußen mit dem Vatikan abschlossen, wäre die Partei Bennigsens nicht zu haben gewesen. Sie haben rund sechzig Jahre gebraucht, unsere lieben Sozi, um so weit zu kommen, wie sie heute sind, die letzte Hoffnung der Youngspekulanten, ihre Dividenden ohne die Gefahren eines ungewissen Bürgerkrieges verzehren zu können. Daß ein Teil der Youngspekulanten auf ihre Hilfe keinen Wert mehr legt, liegt daran, daß der Bürgerkrieg vielen nicht so ungewiß in seinem Ausgang scheint, die im Bolschewismus keine Beängstigung für ihre Besitzvorrechte finden, den Faschismus dagegen herbeiwünschen, da sich in ihm das Ideal der Sklavenhaltung in der modernsten Form, der Arbeitsgemeinschaft von Militär- und Wirtschaftsdespotie verwirklicht. Die Sozialdemokratie ist, was auch werden mag, auf dem Gipfel ihrer Bergwanderung angelangt. Die Stimmen, die sie am 14. September verloren hat, verdrängen sie nicht vom Platz der stärksten parlamentarischen Partei; viele deutsche Länder und Städte versorgt sie mit Ministern, Polizeipräsidenten, Beamten aller Grade und Gehaltsklassen, die breiten Massen bleiben ihr treu, weil sie von ihr zu dem Glauben erzogen sind, daß Zahl Macht ist, daß ein Zörgiebel in Berlin besser ist als ein Wilhelm in Doorn und daß nicht die gelbe Unterhose am Leibe der Partei- und Gewerkschaftsbonzen wichtig ist, sondern die rote Weste in der Auslage.

Im Bolschewismus, wurde oben gesagt, finden viele Kapitalisten heute keine ernsthafte Beängstigung mehr. Das heißt selbstverständlich nicht, daß den bolschewistischen Arbeitern Deutschlands etwa der revolutionäre Wille und die ent-

schlossene Kampflust gegen die Besitzvorrechte abhanden gekommen wäre. Das zu behaupten wäre heller Unsinn. Im Gegenteil unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die proletarische Gefolgschaft der Kommunistischen Partei heute noch das beste, tatkräftigste und revolutionärste Element der kommenden Auseinandersetzung stellt. Umso schwerer wiegt der Vorwurf gegen die Leitung dieser ausgezeichneten Revolutionäre, der Karl Marx vielleicht nicht wie ihren Vorläufern bescheinigen würde, daß sie arme konterrevolutionäre Zungendrescher seien, sondern eher, daß ihr Zungendreschen höchst bedenklichen, demagogisch errechneten, dem Sozialismus sehr fernliegenden politischen Zwecken diene. Man kann die ökonomischen Lehren von Karl Marx für angreifbar halten, man kann den moralischen Charakter des Mannes heftig verurteilen, man kann auch seine taktischen Anweisungen im Hinblick auf die Organisationsform der Arbeiter verhängnisvoll verkehrt finden, und man kann trotzdem anerkennen, daß Marx es mit der Sache der internationalen Revolution zum Sturze des Weltkapitalismus und zur Aufrichtung sozialistischer Wirtschaftsbeziehungen heilig ernst gemeint hat. Von seinen Nachfolgern in der Führung der bolschewistischen Partei Deutschlands muß das leider nachgerade bezweifelt werden. Ihnen kann die Beschuldigung nicht länger erspart bleiben, daß sie mit der revolutionären Begeisterung der auf sie hörenden Arbeitermassen, mit ihrem Glauben an die Welterhebung der ausgebeuteten Klasse gegen die international verbündete Klasse der Ausbeuter, sogar mit ihrer Ueberzeugung von der Allmacht des Proletariats in Sowjet-Rußland Schindluder treiben.

Wir brauchen nicht das neunundneunzigmal Gesagte zum hundertsten Male zu wiederholen, daß der kommunistische „Wahlsieg" vom 14. 9. für die Beurteilung der revolutionären Gesamtsituation im Lande gänzlich untauglich ist. Die Stimmabgabe bei allgemeinen Wahlen ist sicherlich ein statistisch aufschlußreiches Symptom von Stimmungen und Verstimmungen, niemals aber revolutionäres Bekenntnis. Jede abgegebene Stimme, mag die wütendste Unzufriedenheit ihr Antrieb gewesen sein, enthält zugleich eine Vertrauenskundgebung für die gewählte Partei, daß sie imstande sein werde, die Gründe zur Unzufriedenheit mit den gegebenen Mitteln der Demokratie, also ohne Revolution, aus der Welt zu schaffen. Die Parteikommunisten glauben selbstverständlich so wenig, daß alle Leute, die die Liste 4 angekreuzt haben, revolutionäre Kommunisten seien, wie früher ihre sozialdemokratischen Vorläufer geglaubt haben, ihre von der Bismarckschen Politik

aufgebrachten Wähler wollten ihre Vorliebe für Barrikaden und Besitzenteignung bekunden. Ebenso töricht wäre es anzunehmen, der riesenhafte Zulauf zu den Hakenkreuzfahnen bedeute die Zustimmung von 6 Millionen deutschen Wählern zum Faschismus. Er bedeutet nur die Erklärung von 6 Millionen wahlberechtigten Herren und Damen, daß recht viele hakenkreuzgeschmückte Demokraten es mal mit dem Regieren innerhalb der Verfassung der schwarzrotgoldnen Republik versuchen möchten. Grade die gewaltige Aufschwellung der nationalsozialistischen Stimmen beweist die Abneigung der Wählermassen gegen grundlegende Änderungen im Gesellschaftsbetriebe mit dem Mittel der Revolution. Das „dritte Reich" ist eine gute Sache, aber seine Einführung darf nicht wehtun, diese Erwägung hat Millionen Kleinbürger für Hitler an die Urne gebracht. Solange der schöne Adolf die „deutsche Revolution" nach Münchener Vorlage veranstalten wollte, brachte er nur einen Bruchteil der jetzt gemusterten Verehrer auf und auch davon die überwiegende Mehrzahl nur, weil die Beteiligung am Parlamentarismus ja an und für sich den Friedensschluß mit der Demokratie bedeutet. Inzwischen aber hat der Dr. Frick in Thüringen gezeigt, daß die schwarzrotgoldne Republik ein Boden ist, auf dem auch der Hakenkreuzfaschismus vortrefflich ackern kann. Man setzt eigene Parteigänger in die Ämter ein, in die früher die unterschiedlichen Republikaner ihre Parteigänger hineingeschoben hatten — das wirkt sich im großen Ganzen finanziell aus — und versucht, wo die Verfassung es irgend zuläßt, noch reaktionärer und proletarierfeindlicher zu regieren als die Vorgänger, obwohl hierin zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Nicht trotz Frick, sondern wegen Frick ist die Liste 9 zur Liste 2 aufgerückt. Es geht den Nationalsozialisten genau, wie es den Sozialdemokraten gegangen ist: ihr materieller Erfolg ist ihre ideologische Erledigung. Sie sind eine staatserhaltende Partei geworden, regierungsfähig und verfassungstreu, der die Republik gern gewährt, was das Geschäft nicht stört, also jede beliebige Gemeinheit gegen Arbeiter, Juden und Ausländer, jede Kulturschändung auf dem Gebiete des Schulwesens, der Kunst und der Volksgesundheit, aber gewiß keinen Schritt aus der Bahn der Youngverpflichtungen. Sicher sind unter den 6 Millionen Hitlerwählern auch noch viele revolutionsgläubige Proletarier, denen die Autoritätsfurcht in den Knochen steckt, die einmal gelernt haben, „Heil Hitler!" zu schreien und die es in deutscher Vasallentreue weiter schreien, mag ihr Herr und Meister von ihnen verlangen, was

er wolle, mag er inzwischen selbst Vasall der ihnen feindlichsten Mächte geworden sein, — er erzählt ihnen, daß die Hohenzollernprinzen und Schwerindustriellen, die ihm heute Gefolgschaft leisten, sich zu Sozialisten nationaler Tönung bekehrt haben, und sie glauben ihm auch das. In Wahrheit wissen die feudalen und patriarchalischen Herren natürlich recht gut, daß sich die armen Teufel für sie nur dann widerstandslos scheren lassen, wenn es ihr eigener Vertrauensmann besorgt. Adolf Hitler darf Herr der Heerscharen bleiben, weil er nur so als Herr der Haarscheren zu gebrauchen ist.

Der Abfall der klassenbewußten Arbeiter von Hitler hat dem parlamentarischen Auftrieb der Nationalsozialisten erst recht eher gefördert als gehemmt. Die Anklagen Otto Straßers und seiner Freunde gegen den Verrat der Führerschaft wurden von den ehrlichen, anständigen, der Revolution wahrhaft ergebenen Proletariern, die selbstverständlich bei den Nationalsozialisten so gut zu finden sind wie anderswo, aufgenommen; sie verließen, begleitet von einigen wenigen Charakteren unter den Führern, wie dem besten und aufrechtesten Mann der Bewegung, Major Buchrucker, die Partei, sammelten sich zu einer Gruppe „revolutionärer Nationalsozialisten", die sich zum proletarischen Klassenkampf unter der roten Arbeiter- und der schwarzen Bauernfahne bekannte, dem Faschismus rücksichtslosen Krieg ansagte, als Ziel die deutsche Räterepublik proklamierte und für die Wahlen die Losung der Nichtbeteiligung ausgab. Es ist klar, daß die Entfernung so aufsässiger Elemente aus den Reihen der Hitlermannen den Entschluß zahlloser gedunsener Antisemiten und halbstarker Hurrabrüller, diese Reihen aufzufüllen, nur erleichtern konnte. Den faschistischen Realpolitikern, den Göbbels und dem ganzen demagogischen Geschmeiß seiner Sorte, war der Weg zu den republikanischen Pfründen offen; mochten die Abtrünnigen, auf die die Prügelkolonnen losgelassen wurden, den Kommunisten in die Arme sinken.

Das taten sie zweifellos auch größtenteils bei der Wahl. Die Zunahme der für die KPD. abgegebenen Stimmen, die die Thälmänner zur drittstärksten Fraktion im Reichstag werden läßt, bedeutet zwar in erster Linie Protest gegen die tolle Gesetzgeberei der die Wissel-Hilferding noch übermüllernden Brüningdiktatur und bezeichnet somit vor allem, wie wenig das deutsche Proletariat aus den Erfahrungen mit der Sozialdemokratie bis jetzt gelernt hat: die naive Illusion, eine starke, von Arbeitern entsandte Opposition im Parlament vermöge

dem unsozialen Walten der vom Agrar-, Industrie- und Finanzkapital abhängigen Gesetzgebung im geringsten Einhalt zu gebieten, besteht ungebrochen weiter. Aber wenn auch ein größerer Teil der Gummiknüppelgarde Zörgiebels, der Zuchthausschergen und der Kanzleibürokratie den Betörungsversuchen der Parteikommunisten erlegen ist und ihnen zutraut, sie würden die Gehälter erhöhen und von der Ledigensteuer befreien können, so ist die Hochflut der ihnen zugeströmten Scharen doch wohl nur zum kleinen Teil mit der bolschewistisch entflammten Begeisterung vermickerter Beamten und Mittelständler zu erklären. Außer Hunderttausenden von Sozialdemokraten, die, ohne dadurch aufzuhören sozialdemokratisch zu denken, bei Gelegenheit der Wahl doch bei Remmele und Pieck mehr Ähnlichkeit mit ihren früheren Führern Stadthagen und Ledebour finden als bei den Heilmann und Wels, kann man annehmen, daß auch Hunderttausende nationalsozialistischer Arbeiter der abtrünnigen Richtung den Kommunisten ihre Stimme gegeben haben. Die antiparlamentarische Parole Otto Straßers konnte die von allen ihren Befreiern von jeher immer nur zum Abstimmen erzogenen Nationalrevolutionäre nicht plötzlich mit den Anarchisten, Syndikalisten und Radikalmarxisten zum Abseitsstehen bekehren; überdies klang auch die Aufforderung zur Wahlenthaltung zu wenig einleuchtend und zu sehr nach Verlegenheit, um erheblich Eindruck machen zu können. Wenn daher die Kommunisten kräftige Unterstützung durch revolutionäre Nationalsozialisten fanden, so ist das nur begreiflich, und wenn sich die KPD. besondere Mühe gab, diese Stimmen für ihre Listen einzufangen, so wird man ihr das, da sie nun schon Wahlpropaganda und Parlamentspolitik treibt, schwerlich verargen können.

Das Mittel jedoch, mit dem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ans Werk ging, um sich der Stimmen der linken Nationalsozialisten zu bemächtigen, ist ein Skandal, gegen den das gesamte Proletariat, soweit es den Kampf gegen das Kapital als gemeinsamen revolutionären Kampf der Arbeiterschaft aller Länder begreift und als internationale Pflicht bekennt, Einspruch erheben muß. Am 24. August veröffentlichte die Rote Fahne an der Spitze der Ausgabe eine „Proklamation des ZK. der KPD.", die als „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" bezeichnet wird und gleichzeitig als Aufruf an „alle Werktätigen in Stadt und Land" gelten soll, „in den jetzigen Wahlen sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden,

indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen". Das ZK., heißt es einleitend, habe die Proklamation „auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann" beschlossen und es handle sich hier um „ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt". Unter massiven Ausfällen gegen den Hitlerfaschismus, dem mit Recht praktische Mithilfe an der Durchführung des Young-Plans und arbeiterfeindliche Politik vorgeworfen wird und entsprechender Kennzeichnung der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie folgt dann die eigentliche Programmerklärung, aus der sich in der Tat ergibt, was sich die KPD. auf Vorschlag Thälmanns unter dem Siege der proletarischen Revolution vorstellt, und wie „im Falle unsrer Machtergreifung" das „Sowjet-Deutschland" beschaffen sein soll, in dem die KPD., nur sie allein, die „Diktatur des Proletariats" ausüben will.

Vieles steht im Programm, wogegen revolutionäre Klassenkämpfer keine Einwendungen erheben könnten, fingen die Versprechungen der Partei nicht in jedem Absatz an: „Wir Kommunisten werden . . ." und liefe nicht der ganze bombastische Ukas eingestandenermaßen auf die Erweckung der Einbildung hinaus, die Stimmabgabe für die KPD. sei ein geeigneter Weg zur Erlangung all des versprochenen Segens. Was an Einzelheiten über die Organisation Deutschlands als Sowjetstaat, über sein Verfahren mit den Kapitalisten, über die Aufhebung der Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, über Preis- und Steuerpolitik gesagt wird, entspricht nahezu vollständig den für Sowjetrußland programmatisch verkündeten Grundsätzen von 1919 und den Zuständen, wie die Verkünder der Proklamation sie das deutsche Proletariat als in Rußland bestehend glauben machen möchten. Gegen all das soll hier kein Wort des Widerspruchs erhoben werden. Von der Vorbildlichkeit Sowjetrußlands als sozialistisches Gesellschaftsgebilde soll hier zunächst im Zusammenhange mit einer Besprechung der Bücher Panait Istratis, Henri Barbusses und andrer Berichterstatter die Rede sein. — Es ist nicht einmal nötig, die Kritik an den internationalen Verträgen, die Deutschland im Gefolge des verlorenen Krieges unterschreiben mußte, sachlich falsch zu finden, um trotzdem beim Lesen des Machwerks vor Empörung zu zittern. Es ist wahr, daß der Versailler Vertrag ein schimpfliches und volksfeindliches Instrument ist, nur allerdings um nichts schimpflicher und volks-

feindlicher als die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest, und wenn die KPD. „feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslands" erklärt, sie werde „alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären" und „keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen leisten", so klingt das ja mächtig forsch, bedeutet aber garnichts andres als ein rein nationalistisches Bekenntnis. Internationalisten nämlich werden selbstverständlich nach einer siegreichen proletarischen Revolution die Verpflichtungen der gestürzten Kapitalistenherrschaft ebenfalls nicht anerkennen, aber sie werden mit dieser Haltung nicht kapitalistischen Regierungen des Auslands zu imponieren suchen, sondern deren Proletariate mahnen, aus ihrem Staate anstelle einer Gläubigermacht gegen das Nachbarvolk ein Land zu machen, das den Nachbarn nicht als Schuldner sondern als Bruder der Revolution betrachtet. Eine Erklärung französischer, englischer und amerikanischer Revolutionäre gegen die Friedensverträge wäre eindrucksvoller gewesen, weil sie nicht den Beigeschmack der patriotischen Ruhmredigkeit hätte. Eine Erklärung der russischen Regierung, daß sie auf alle vom Zaren verhängte Kontributionen verzichte, klänge ehrlicher. Aber im vorigen Jahre sahen wir ja erst die bolschewistische Armee gen China eilen, um russische Eisenbahnobligationen zu verteidigen und die KPD. jauchzte den Siegern zu, die dem Zaren geschuldeten Zwangsleistungen der Chinesen der Sowjetrepublik gerettet hatten. Der Aufruf nennt die Sozialdemokraten „freiwillige Agenten des französischen und polnischen Imperialismus". Es scheint wenig belangvoll, wessen Imperialismus jemand der Agent ist. Denn der Imperialismus ist international. Wenn aber hier die Betonung so deutlich auf den Imperialismus von Ländern gelegt wird, denen, wie jeder weiß, die russische Staatsregierung ebenso unfreundlich gesinnt ist wie ein großer Teil der deutschen Nationalisten und sehr einflußreiche hohe Militärs der deutschen Reichswehr, so scheint doch die kommunistische Proklamation noch ganz andre Dinge mit diesem Hinweis zu bezwecken als nur eine Entlarvung der Konkurrenz. Außerdem darf man vielleicht daran erinnern, daß die KPD. bei ihrer Bekämpfung des Imperialismus auch Ausnahmen zuläßt. Die vom Petroleumkapital maßlos ausgebeuteten Kurden unternehmen einen Aufstand nach dem andern gegen den Imperialismus der faschistischen Angorarepublik. Da aber der blutige Kommunistenschlächter Kemal Pascha ein Verbündeter der Moskauer Re-

gierung ist, hat die Rote Fahne noch nie ein Wort zugunsten der Kurden schreiben dürfen.

Die ganze KPD.-Proklamation, die sich das ZK. selbst als weltgeschichtliche Aktion bescheinigt, stellt sich dar als eine höchst nüchterne Staatsaktion, hinter der wie hinter allem, was die Parteikommunisten den deutschen Arbeitern als Heil der deutschen Revolution anpreisen, die russische Regierung steckt. Da Moskau, nicht etwa erst von Sowjet-Deutschland, sondern durchaus schon von Hindenburg-Deutschland die Ostorientierung der Außenpolitik erhofft, die von vielen Nationalisten und so auch von den revolutionären Nationalsozialisten erstrebt wird, kommandiert es Thälmann zu dem „Vorschlag", durch den die KPD. sich zu einem an manchen hohen Stellen sehr willkommenen Helfer einer bestimmten Außenpolitik macht, die mit Klassenkampf schon nicht mehr das Allermindeste zu tun hat. Statt die nationalen Revolutionäre zum eigenen Internationalismus zu gewinnen, statt kameradschaftlich und sachlich sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie von ihren Rassenvorurteilen, ihrer Kriegsromantik, ihrem Nationalismus abzubringen zur Erkenntnis der allen Ausgebeuteten gleichen Klassenlage, die über die Grenzen weg gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung verlangt, übernimmt die KPD. im Gegenteil den ganzen nationalistischen Wortschatz der Hakenkreuzler und präsentiert sich damit einfach den Straßerfreunden als allein legitimierte Erbin des Hitlervermächtnisses. Und nicht nur das: man äfft gleichzeitig den Faschisten die ekelhafte Personenvergottung nach, die notwendig ist, um der blanken Tyrannei den Weg zu ebnen. Eben stürzt Hitler bei den wertvollsten Jüngern seiner Lehre ab, da fängt die KPD. an, ausgerechnet aus Thälmann „den Führer" zu machen. Hitler hat immerhin seine Bewegung aus eigener Energie auf die Beine gestellt. Thälmann mag sonst ein braver Kerl sein, daß er kein Heros des Geistes ist, daß seine Reden von Heinz Neumann sind, daß vor nicht zu langer Zeit wegen der Wittorf-Geschichte sein Ausschluß aus der Partei erwogen wurde, ist nirgends ein Geheimnis. Macht nichts, die Nazi brauchen einen Heiligen, dessen Fußlappen sie als Altardecken benutzen können, also müssen die Kommunisten auch einen haben. Thälmann als Dreieinheit von Hitler, Stalin und Hindenburg in Sowjet-Deutschland. Das ist „die nationale und soziale Befreiung, die uns blühen soll.

Wir Anarchisten halten von nationalen Tugenden weniger als neuerdings die Parteikommunisten. Dennoch wäre es wohl am Platze, wenn wir uns bemühten, wieder ein gutes deutsches

Wort an die Stelle eines, wie es scheint, ein wenig aus der Fasson geratenen fremden zu setzen. Früher hieß es bei Kommunisten wie bei Anarchisten: Alle Macht den Räten! Räte heißen auf russisch Sowjets. Merkwürdigerweise heißt aber Sowjet-Republik auf deutsch schon lange nicht mehr Räterepublik. Gewöhnen wir uns wieder an das Wort Räte, damit wir nicht eines Tages davon überrascht werden, Thälmann auf Hindenburgs Stuhl vorzufinden mit einem Schild an der Lehne: das ist Sowjet-Deutschland. Wir wollen uns gern mit den revolutionären Kräften auch in der nationalistischen Bewegung unterhalten. Aber wir wollen dabei nicht ihre Ideen vertreten, sondern unsre. Wofür wir die Arbeiter gewinnen wollen, das hat die Geschäftskommission der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) in ihrem Aufruf gegen die Wahlbeteiligung so ausgedrückt: Für die völlige Ausschaltung des Kapitalismus und des Staates aus dem Gesellschaftsleben und für die Herbeiführung der freien Räte-Gesellschaft in einem freien Räte-Deutschland!

Der italienische Faschismus

(Zum 10 jährigen Gedenken an die Fabrikbesetzung.)

Das erstaunlich schnelle Wachstum des Faschismus in Italien, seine leichte Eroberung der Staatsgewalt und seine lange Behauptung in der öffentlichen Meinung Italiens, sind Erscheinungen, die vielen heute noch nicht recht erklärbar sind. Wenn man aber die Entwicklung der revolutionären Situation, die in den ersten Nachkriegsjahren in Italien zweifellos bestand, und deren Höhepunkt die Besetzung der Metallfabriken bildete, genau verfolgt, so sieht man, daß der Faschismus nur die blutige Reaktion auf jene unglückliche Revolution war, wie ja auch sonst gestürzte Revolutionen von einem Regime des reaktionären Schreckens gefolgt werden. Daß die Reaktion hier gerade diese und keine anderen Formen annahm, daß insbesondere der liberale Staat keinen entscheidenden Anteil daran nahm und deshalb von den Faschisten durch ihren „Marsch auf Rom" erst über den Haufen geworfen wurde, das erklärt sich aus der besonderen Lage der Klassen- und politischen Verhältnisse in Italien, die zunächst zum besseren Verständnis der Vorgänge kurz geschildert werden sollen.

Italien ist weder ausgesprochenes Industrie- noch bloßes Agrarland. Man zählte 1921 10,3 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft,

4,6 Millionen in der Industrie und 1,9 Millionen im Handel und Verkehr [1]). Die Industrie befand sich vor dem Kriege im Aufschwung, der durch den Krieg wie überall unterbrochen wurde. Da Italien weder genügend Kohle und Eisen für die Industrie noch genügend Weizen für seine Bevölkerung hat, so war es im Kriege vollständig auf seine Verbündeten angewiesen. Die Industrie mußte sich auf Kriegslieferungen umstellen und geriet bei Kriegsende in eine Krise, die durch das Aufhören der Rüstungsaufträge und die Wiederumstellung auf Gebrauchsartikel bedingt war. Die Produktion an Roheisen, die 1913 monatlich 36 000 t betragen hatte, machte 1921 nur noch 5000 t aus, die von Rohstahl 1913 71 000 t, 1921 58 000 t [2]); arbeitslos waren im Januar 1922 über 600 000 Menschen [3]). Für Deutschland würden diese Zahlen nicht viel bedeuten, wohl aber für das damalige Italien mit seinen 38 Millionen Einwohnern und seiner kleineren Industrie.

Die Währung verfiel, die Lira galt nur die Hälfte eines französischen Franken und etwa ein Viertel ihres Vorkriegswertes. Das bedeutete genau wie bei uns eine ungeheuere Teuerung, da die Löhne bei weitem nicht im selben Maße stiegen wie die Preise. Die Auswanderung stockte, da die Vereinigten Staaten sich fast ganz abschlossen und auch die übrigen europäischen Staaten keine italienischen Arbeiter mehr aufnehmen wollten oder konnten. Dabei spielten die Geldsendungen der Ausgewanderten von jeher eine wichtige Rolle in Italien, da der bedeutende Einfuhrüberschuß außer durch den Fremdenverkehr und die Schiffsfrachten hauptsächlich durch die Geldsendungen der Auswanderer bezahlt wurde.

Der Krieg hatte ungeheure Opfer an Menschen und Geld gekostet und der Arbeiterschaft nichts gebracht, obwohl Italien unter den „Siegern" war. Die Kriegsgewinnler und Schieber dagegen hatten enorme Reichtümer gewonnen. Schließlich seien hier die Einflüsse der russischen, deutschen und österreichischen Revolutionen erwähnt, die zu alledem noch hinzukamen, um die Arbeiterschaft zu revolutionieren.

Aber all das bezieht sich in der Hauptsache auf das Industrieproletariat, das, wie erwähnt, die Minderheit bildete. Wäre die Landbevölkerung ruhig geblieben, so hätte die Bewegung kaum so revolutionäre Formen annehmen können. Das Gegenteil war jedoch der Fall, da es in Italien ein sehr starkes ländliches Proletariat gibt. Im ganzen Lande sind nur 28 Prozent aller Landwirte Eigentümer, dagegen 41 Prozent Pächter und 30 Prozent Tagelöhner [4]). Im Süden, in den rein agrarischen Gegenden,

---

[1]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Internationale Übersichten.

[2]) ebenda.

[3]) ebenda. Jahrgang 1924/25.

[4]) O. Maull. Länderkunde von Südeuropa. Leipzig 1929. S. 169.

gibt es fast nur Latifundien, die sehr extensiv oder auch gar nicht bebaut werden. Die Landarbeiter forderten infolgedessen schon im Sept. 1919 auf dem Kongreß des reformistischen Landarbeiterverbandes, der 500 000 Mitglieder zählte [5]), die Enteignung des Bodens. Unbebaute Ländereien wurden oft kurzerhand in Besitz genommen und umgepflügt, woraus sich natürlich schwere Konflikte mit der Staatsgewalt ergaben.

Die Industriearbeiter gingen noch geschlossener vor. Generalstreik folgte auf Generalstreik. Man streikte in einzelnen Städten, ganzen Provinzen, oder Industrien. Im Jahre 1920 gab es 1900 Streiks, an denen 1,3 Millionen Menschen teilnahmen [6]). An vielen Orten kam es zu Zusammenstößen, die oft in kleine Aufstände übergingen. Die Gemeindeverwaltungen fielen in unzähligen Orten den Sozialisten in die Hände. Bei den Wahlen vom 16. November 1919 wurden 150 Sozialisten und 100 Katholiken ins Parlament gewählt, das etwa 500 Abgeordnete zählte. Die Sozialisten waren im Vergleich mit deutschen oder französischen Verhältnissen sehr radikal, sie waren noch mit den Kommunisten vereinigt (Spaltung erst 1920/21) und lehnten Koalitionspolitik ab. Die katholische Volkspartei (Popolari) war etwa mit dem deutschen Zentrum zu vergleichen, eine Partei von kleinen Leuten, die sich nach rechts und nach links anlehnte, wenn nur der Katholizismus gewahrt wurde. Die regierenden liberalen Parteien waren aus historischen Gründen antiklerikal und natürlich antisozialistisch und wollten keine der beiden Parteien zur Regierung zulassen. Sie mußten sie aber in ihrer Politik berücksichtigen, weil die Zahl der Abgeordneten und die dominierende Stellung der Linken in den Gemeindeverwaltungen eine Regierung gegen links unmöglich machten. Hinzu kommt noch etwas. Die italienische parlamentarische Demokratie war immer eine Oligarchie, d. h. eine Herrschaft einer kleinen Gruppe von Politikern gewesen, die es verstand, bei den Wahlen durch allerhand Manöver, besonders durch einen sanften Regierungsdruck auf die unwissenden ländlichen Wähler, zu „siegen". Popularität, Bildung von Massenparteien hatten diese Politiker nicht nötig. Als nun eine ungeheure Gärung die breiten Massen des italienischen Volkes erfaßte, waren die alten Regierungskünstler Orlando, Nitti, Giolitti usw. einigermaßen hilflos. Der Regierungsapparat glitt ihnen gewissermaßen aus den Händen. Es entstand so jene bekannte „Lähmung" des italienischen Staates, die zwar die Verhaftung Malatestas und Borghis und andere Gewaltakte zuließ, die dem Staat aber nicht die Kraft ließ, die Bewegungen des Proletariats nach Noskescher Manier niederzuschlagen. Ein Zeichen für die damalige revolutionäre Stimmung war es auch, daß die Faschisten,

---

[5]) Rob. Michels. Sozialismus und Faschismus in Italien. München 1925. In dem Sammelband „Internationaler Faschismus", Karlsruhe 1928, ist von 800 000 Mitgliedern die Rede.

[6]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1928.

die schon seit dem Frühjahr 1919 existierten, bei den erwähnten Novemberwahlen von 1919 vollständig durchfielen. Sie erhielten nicht einen einzigen Sitz.

Daß die häufigen Streiks oder Generalstreiks nicht zum Ziele führten, sah man bald. In der Zeit der sinkenden Währung waren die größten Lohnzulagen schnell wertlos. Oder die Unternehmer antworteten mit Aussperrung, worauf bei den geringen oder auch fehlenden Streikunterstützungen oft der Enthusiasmus nicht ausreichte, um eine längere Bewegung durchzuhalten. Deshalb gewann die syndikalistische Idee der Betriebsbesetzung auch in den Kreisen der marxistischen Arbeiter Boden und schon im Herbst 1919 wurde eine große Fabrik in Pinerolo bei Turin kürzere Zeit besetzt. Die Regierung Nitti schickte einen Kommissar, um zu vermitteln, was von der Oeffentlichkeit vielfach als Ermutigung ausgelegt wurde. Im August 1920 endlich brach der große Kampf aus, der leicht zur Revolution führen konnte, aber nur ein unglückliches Experiment blieb. In der Metallindustrie, die besonders in Oberitalien konzentriert ist, wurden wieder neue Lohnforderungen gestellt. Die Unternehmer lehnten ab. Darauf erklärte der reformistische Metallarbeiterverband die passive Resistenz, d. h. absichtlich langsames Arbeiten. Die Unternehmer antworteten mit der Aussperrung. Da griffen die Arbeiter gemäß der Parole der syndikalistischen Unione Sindacale Italiana (U S.I.) zur gewaltsamen Besetzung. In Mailand verständigte man sich insgeheim, daß alle Arbeiter am 31. August nicht nach Hause gehen, sondern in den Arbeitsräumen schlafen sollten. So waren mit einem Schlage 280 Fabriken besetzt, davon allerdings 100 kleine[7]). In Turin und an anderen Orten erst am 1. September oder noch später. Das Zentrum lag in Turin, wo die großen Fiat-Automobilwerke mit 50 000 Arbeitern sind.

Die Tore der Fabriken wurden militärisch bewacht, es bildete sich eine „Rote Garde" von jungen Arbeitern. Niemand konnte ohne strenge Kontrolle herein oder heraus. Die Fabrikanten, die im Fabrikgelände wohnten, wurden herausgesetzt, ebenso die „Gelben". Im allgemeinen ging die Besetzung unblutig vor sich, nur in Turin gab es Zusammenstöße, die 16 Tote kosteten. Die Eisenbahner halfen den Metallarbeitern, indem sie meist die Post den besetzten Betrieben zutrugen. Die Drucker verhinderten die Herausgabe eines Flugblattes der Industriellen. Die Regierung verhielt sich zurückhaltend, weil im Parlament die Sozialisten und auch die Popolari der Besetzung freundlich gegenüberstanden und der Ministerpräsident Giolitti, ein alter Parlamentarier, durch Verhandlungen weiter zu kommen hoffte. Tatsächlich hat sich gezeigt, daß die lange Dauer des Kampfes (fast ein Monat) unter den vorhandenen Umständen

[7]) Rob. Michels. Sozialismus und Faschismus in Italien. München 1925. Auch das folgende im wesentlichen nach dieser Quelle und nach „Zur Besetzung der Betriebe in Italien" von Giovannetti in der Internationale. 1. Jahrgang, September 1924, Nr. 3.

nicht günstig war. Rein technisch traten ungeheure Schwierigkeiten auf, weil die Materialien ausgingen, neue nicht eintrafen, weil bald keine Lohngelder mehr da waren, weil die Techniker und Ingenieure sich passiv verhielten oder sabotierten, weil man sich sogar scheute, die Produkte der besetzten Fabriken zu kaufen, aus Furcht, wegen Hehlerei angeklagt zu werden. Ferner gab die lange Dauer den Reformisten Gelegenheit, Verhandlungen zu beginnen. So wurde allmählich die Zuversicht der Arbeiter untergraben, viele gingen nach Hause und der Kampfruf der Syndikalisten und Anarchisten verhallte mehr und mehr. Es zeigte sich schließlich, daß die Aktion mehr auf Erschrecken der Unternehmer als auf wirkliche Revolution hinauslief, und daß sie ohne Hilfe aller anderen Arbeiter, Angestellten und Bauern wirkungslos blieb. Als Auftakt zu einer allgemeinen Betriebsbesetzung, die auch die Banken, Häfen, Post, Eisenbahn, Regierungsgebäude, Kasernen umfaßt hätte, wäre die Besetzung der Metallwerke sehr gut gewesen. Es sind auch Versuche gemacht worden, besonders in Turin, chemische und Gummifabriken zu besetzen, weil man die Produkte derselben in den Fiat-Werken brauchte, aber das blieb in den Anfängen stecken.

So konnten die Reformisten ruhig ihr unheilvolles Werk der Verhandlungen vollenden, indem sie die Arbeiter mit dem Versprechen eines Gesetzes über Fabrikkontrolle köderten, das etwa unserem Betriebsrätegesetz ähneln sollte. Am 16. September 1920 kam Giolitti nach Turin, befriedigte die Forderungen der Unternehmer zwar nicht, weil er wußte, daß das zu einem erbitterten Bürgerkrieg führen würde, er sagte sogar zu einem Scharfmacher, er werde vorkommendenfalls damit beginnen, das Feuer auf die Fabrik des Sprechers selbst richten zu lassen. Aber er übte gleichzeitig auf die Abgesandten des reformistischen Metallarbeiterverbandes einen Druck aus, um sie zum Nachgeben zu bringen. Nach neuen Verhandlungen in Rom kam endlich ein Abkommen zustande, das die Uebergabe der Fabriken an die Unternehmer, Unterlassung von Maßregelungen, Ausarbeitung eines Gesetzes über Fabrikkontrolle durch eine paritätische Kommission vorsah. Ueber das Abkommen wurde Ende September abgestimmt. 128 000 Arbeiter waren dafür, 45 000 dagegen bei 3000 Enthaltungen. Die große Mehrheit der Arbeiter beteiligte sich nicht mehr an der Abstimmung, wie man sieht, da sie die Sache bereits für hoffnungslos hielt. Am 27. September wurden die Betriebe geräumt. Freiwillig gingen die Arbeiter aus den Betrieben, aus denen sie keine Gewalt heraustreiben konnte. Giolitti sagte selbst: „Die Zahl der die Fabriken besetzenden Metallarbeiter beträgt etwa eine halbe Million, die sich auf etwa 600 Betriebe verteilt. Die militärische Besetzung der Fabriken und ihre Umwandlung in Garnisonen würde die gesamte Armee, soweit sie überhaupt diesen Zwecken dienstbar zu machen gewesen wäre, erfordert haben. Woher hätte dann aber die Regierung die Kräfte nehmen sollen, um die nunmehr aus den Fabriken

vertriebenen 500 000 Arbeiter zu bewachen?" Die Reformisten feierten die Besetzung der Metallwerke als einen Sieg, aber es zeigte sich bald, daß hier das italienische Proletariat eine seiner größten Niederlagen erlitten hatte.

Die Enttäuschung der Arbeiter über den Ausgang der Aktion, die Wut der Unternehmer über die Unbotmäßigkeit der Arbeiter, der Haß des sinkenden Mittelstandes gegen die kampfkräftigen Proletarier, die Furcht der Gutsbesitzer, ihr Land zu verlieren, all das erzeugte eine feindselige Stimmung gegen das Proletariat und alle sozialistischen Tendenzen, was sich sehr bald furchtbar zeigte. In Turin, der Hochburg des Kommunismus, wurde schon im November 1920 eine knappe bürgerliche Mehrheit ins Stadtparlament gewählt, ähnlich war es anderswo. Die Sozialisten, Katholiken, Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten wurden verhöhnt, verfolgt. (Verhaftung Borghis und Malatestas ohne besonderen Grund im Oktober 1920.) Die faschistischen Sturmkolonnen nahmen rasenden Aufschwung. Sie überfielen systematisch Gewerkschaftshäuser, Redaktionen, Wohnungen, verprügelten oder töteten sozialistische Bürgermeister, Streikführer, Redakteure, gingen gegen Streikende und Streikposten mit Gewehrfeuer vor, warfen Bomben und verwandelten Italien bald in einen einzigen Kriegsschauplatz. Der Faschismus hatte sich bis dahin immer noch als eine Art Sozialismus mit nationaler Tendenz gegeben, den niemand besonders beachtete. Alle demagogischen Kunststücke Mussolinis hatten nicht den Erfolg herbeiführen können. Es half nichts, daß er sagte: „Von nun an soll das italienische Volk Meister seines Schicksals sein und die Arbeit soll erlöst werden von Ausbeutung und Elend" [8]) oder „Wir müssen die Forderungen der Arbeiterklasse annehmen . . . . wir werden all ihre Ansprüche befürworten, weil wir die Arbeiterklassen zur Fähigkeit, einen Betrieb zu leiten, erziehen wollen" [9]). Aber nun warf er den sozialistischen Deckmantel vollständig ab, bezog enorme Gelder von den Unternehmern und entwickelte sich zu einer fanatischen Sturmtruppe des Bürgertums. Seine „Strafexpeditionen", die sehr gut organisiert waren und zu denen die Faschisten immer in großer Überzahl ausrückten, wurden immer umfassender und wurden auch immer mehr von den Behörden geduldet, ja gefördert [10]). Ganze Städte und Provinzen wurden von ihnen militärisch besetzt.

Am 15. Mai 1921 fanden wieder Kammerwahlen statt, bei denen 35 Faschisten gegenüber nur noch 120 Sozialisten gewählt wurden. Mussolini erklärte selbstbewußt in seinem Wahlaufruf: „Der Faschismus mit seinen

---

[8]) Benito Mussolini. Reden. Her. v. Dr. M. H. Meyer, Leipzig 1925. S 50.

[9]) Internationaler Faschismus. Her. v. Landauer u. Honegger. Karlsruhe 1928. S. 23.

[10]) Guglielmo Ferrero. Demokratie oder Terror. Stuttgart 1924. S. 116. Giolitti, zwar nicht mehr Minister, aber trotzdem einflußreich, stützte sich

400 000 vollkommen disziplinierten Mitgliedern ist bereit zu handeln . . ." In den folgenden Monaten ging der Aufschwung des Faschismus weiter, mehr und mehr auf die Faschisten, da er mit den Sozialisten und Popolari verfeindet war. Sein Nachfolger Bonomi tat dasselbe. Es kam soweit, daß ganze Gruppen von Sozialisten und auch Syndikalisten zum Faschismus übergingen. Große Volksversammlungen liefen rettungslos auseinander, wenn sich nur ein kleines Häuflein Faschisten sehen ließ [11]).

„In diesen Monaten frohlockten die Banken, die Industrie, der Großgrundbesitz, die Gesellschaft, die Kreise der Intellektuellen. . . Es genügte, in jede Stadt nur einige jener liebenswürdigen Jünglinge zu entsenden, ... die keine Reden hielten, nur tüchtig drauflosschlugen und wenns not tat, auch vortrefflich mit Sengen und Brennen Bescheid wußten. Konnte man es nicht jeden Tag erleben, wie dann die Sozialisten fluchtartig ihre sämtlichen Stellungen — den Vorsitz im Rathaus usw. — verließen, wo immer ein solcher Stoßtrupp auftauchte?" [12]).

Endlich nahte die Entscheidung. Im August 1922 kam es noch einmal zu einem Eisenbahnerstreik mit politischem Einschlag, der unglücklich ausging und teilweise mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Darauf wandte sich die Stimmung dem Faschismus endgültig zu, und die große Faschistenversammlung in Neapel im Oktober 1922 beschloß, auf Rom zu marschieren, um die Staatsgewalt in die Hände zu bekommen. „Am 28. Oktober 1922 vollbrachten 80 000 in herrliche Legionen eingeteilte Männer, entsprechend bewaffnet, aus der Provinz den Marsch auf Rom . . .", so sagt ein Faschist [13]). Die Regierung kapitulierte, ohne den geringsten Widerstand zu versuchen. Der Ministerpräsident Facta dankte ab, Mussolini wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, am 29. Oktober 1922. Die faschistischen Garden wurden in staatliche Miliz umgewandelt und nach hause geschickt. Die Katholiken und einige andere bürgerliche Parteien traten in die Regierung ein, schieden aber nach und nach 1923 und 24 wieder aus. Das Parlament war, trotzdem die Faschisten darin eine kleine Minderheit bildeten, sehr fügsam. Jetzt begann die Regierungslaufbahn des Faschismus. Der Bürgerkrieg hörte bald auf, weil die faschistische Partei und Miliz im Bunde mit der Staatsmacht alle Regungen erdrückte. Die Presse wurde mehr und mehr geknebelt. Die anderen Parteien wurden noch zu den Wahlen vom 26. April 1924 zugelassen, wobei sie 2,5 Millionen Stimmen erhielten, während die Faschisten 4,5 Millionen bekamen [14]), aber

[11]) Rob. Michels. S. 312/13. Michels sagt sogar, daß einige solcher Sprengungen phonographisch aufgenommen wurden.

[12]) Ferrero. S. 102. Ferrero ist bürgerlicher Demokrat!

[13]) Giuseppe Bottai in „Internationaler Faschismus" S. 5.

[14]) Ferrero. Mit welchen Mitteln das Resultat erzielt wurde, läßt sich denken. Es scheint, daß charakteristischerweise besonders die ländlichen Bezirke faschistisch stimmten.

bald nachher wurden sie von ihrem Schattendasein erlöst — aufgelöst. Die faschistischen Gewerkschaften, die schon vor dem Staatsstreich gegründet worden waren, erlangten durch die allseitige Begünstigung des Staates bald die Mehrheit, während die anderen Gewerkschaften verschwanden. Jetzt gibt es ein Zwangs-Gewerkschaftsgesetz, das ein einziges Werkzeug zur Knebelung der Arbeiterschaft darstellt. Es ist hier nicht der Raum, um darauf näher einzugehen [15]). Die Faschisten verschafften sich die Staatsstellen, sicherten sich bevorzugte Arbeitsvermittlung, sorgten in jeder Weise für sich. Die ganze Geschichte ihrer Regierungstätigkeit zeigt, daß sie keinerlei Ideen über die Gestaltung der Gesellschaft, der Volkswirtschaft, des geistigen Lebens haben. Ein Programm haben sie sich bezeichnenderweise erst lange nach dem Regierungsantritt gegeben. Und das war von allen Seiten her „entnommen", „synthetisches" Programm nennen sie es. In Wahrheit heißt ihr einziges Ziel, das man schwerlich ein Programm nennen kann: sich und damit ihre Beschützerklasse, die kapitalistische, mit allen Mitteln an der Macht zu halten, sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch.

Alles andere, ihr Republikanismus, ihr Nationalismus, ihr „Sozialismus", ihre Agrarpolitik, ihre Idee vom „Ständestaat", die sie dem Romantizismus entlehnt haben, die „Erneuerung aus dem Geiste des Blutes", die Leugnung des Klassenkampfes oder gar der Klassen, die „Überparteilichkeit", all das ist nur Täuschung gewesen und Stück für Stück fallen gelassen worden. Der Republikanismus war schon vor der Machtergreifung erledigt. Italien ist auch heute Monarchie. Der Nationalismus ist nur gut gewesen für lärmende Phrasendrescherei, denn Italien gehört dem Völkerbundssystem so gut an wie jedes andere bürgerliche Land Europas und hat seit dem Staatsstreich keine Handbreit fremden Bodens erobert. Vom Sozialismus brauchen wir gar nicht zu reden. Die Agrarpolitik ist so gut, daß es ab und zu auf dem Lande kriselt, obwohl gerade die Landbevölkerung dem Faschismus die meisten Schwarzhemden gestellt hat [16]). Der Ständestaat ist nichts als eine Fiktion, da das maßgebende Organ einzig und allein der faschistische Parteikongreß ist und keine wie auch immer zusammengesetzte Volksvertretung. Den Klassenkampf können die Faschisten wohl unterdrücken, aber nicht abschaffen. Er wird sie eines Tages aus dem Sattel heben.

Mussolini hat selbst in einer Rede in Udine am 20. September 1922, also kurz vor dem Umsturz, gesagt: „Unser Programm ist sehr einfach. Wir wollen Italien regieren" [17]). Öfter hat er betont, es handle sich einfach um die Erhöhung der Autorität und Disziplin. „Ich möchte die Herren Liberalen

---

[15]) Das Gesetz, das auch in Spanien nachgeahmt wurde, ist in den Jahrgängen 1926 und 27 der „Internationalen Rundschau der Arbeit", dem Organ des Internationalen Arbeitsamtes dargestellt.

[16]) Rob. Michels. S. 267.

[17]) Reden. S. 105. Die Rede ist auch abgedruckt im Handbuch der Politik. 3. Aufl. 6. Bd. S. 410.

bitten, mir zu sagen, ob es jemals in der Geschichte eine Regierung gegeben hat, die sich ausschließlich auf die Einwilligung der Regierten gegründet und auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet hat. . . . Wenn eine Gruppe oder eine Partei an der Macht ist, so hat sie die Pflicht, sich darin zu befestigen und sich gegen alle zu verteidigen" [18]). So schrieb er 1923.

Kann man die Programmlosigkeit, die aber für den Sehenden Bände spricht, weiter treiben? Kann man es klarer ausdrücken, daß es nur auf Herrschaft und Ausbeutung, gar nicht auf die Formen und Ideen dabei ankommt?

Die Lehren aus der italienischen Geschichte der Nachkriegszeit sollten wir den deutschen Arbeitern unaufhörlich einhämmern: Weg mit allen Reformisten, sie verraten uns durch Verhandeln, wo größte Entschlossenheit geboten ist. Weg mit Kommunisten, die auch in Deutschland in den Zentralgewerkschaften arbeiten und dadurch starke Aktionen erschweren oder unmöglich machen. Weg mit dem Faschismus, seine Tiraden von „Befreiung" sind Schwindel, es handelt sich nur um neue, schlimmere Knechtung. Energie, Kühnheit, Entschlossenheit für die Beseitigung des Kapitalismus, das sei unsere Losung! H. W. Gerhard.

---

[18]) Italienisch „Gerarchia" März 1923, deutsch Reden. S. 12/13.

Gegen den Strom trotz alledem!

Es gehört wahrlich Mut dazu, Mut und unbegrenzte Hoffnungsfreudigkeit, nach den fernen Horizonten einer neuen Zukunft Ausschau zu halten, in einer Zeit, wo alle Mächte der Vergangenheit entfesselt und namenloses Elend gepaart mit geistiger Bedrückung wie ein Alpdruck auf den Völkern lastet. Der griechische Weise könnte auch heute wieder mit brennender Laterne am hellichten Tage auf die Suche gehen, um Menschen zu finden, neue Menschen mit heißem Vertrauen und brausenden Herzen, die mit furchtlosem Schritt einer kommenden Welt entgegenschreiten; das Ergebnis würde mager genug ausfallen im Zeitalter der unverhüllten nationalistischen Reaktion und des Faschismus, der Diktaturgelüste von rechts und links, der kapitalistischen „Rationalisierung" und der unbegrenzten Staatsgläubigkeit der großen Mehrheit unsrer Zeitgenossen.

Doch ganz unbefriedigt würde der alte Diogenes nicht in seine Tonne zurückkehren, um seiner Rasse zu spotten. Er würde inmitten der geistigen und physischen Versklavung einer trostlosen Gegenwart immerhin genug Ansätze finden, die zu neuen Hoffnungen berechtigen, Keime eines neuen Lebens und eines neuen Menschentums, die aus der Tiefe zum Licht emporstreben.

Jawohl, ein neues Menschentum bereitet sich vor und streitet bereits auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gegen den Ungeist unsrer Zeit, der, an ihm gemessen, noch hoffnungsloser und brutaler erscheint.

Vielleicht ist die heutige Reaktion, die nicht nur in den Kabinetten der Regierungen zu Hause, sondern schon allzu tief in den Geist und die Seele des heutigen Menschen eingedrungen ist, wie die letzten Geschehnisse mit aufrüttelnder Deutlichkeit bewiesen haben, vielleicht ist die heutige Reaktion nur das groteske Vorspiel, das der neuen Zeit vorausgeht wie die Dämmerung dem Licht der Sonne. Vielleicht ist es notwendig, das ein bankerottes System seine geistige Unfähigkeit und inneren Widersprüche zuerst in allen Phasen seiner praktischen Betätigung bekunden muß, bevor das Neue sich kräftig und siegesfreudig durchsetzen kann.

Was für unsre Zeit so ungemein bezeichnend ist, ist der Mangel an Freiheitsgefühl. Zwar hat man nie soviel von Persönlichkeit und Individualität gesprochen wie heute; aber man hat auch nie vorher versucht, das Denken und Handeln der Menschen in so enge Schablonen zu pressen und die ödeste Uniformität jeder Lebensbetätigung zum Prinzip zu erheben. Besonders in Deutschland, wo die Uniformität des Denkens einen solchen Einfluß gewonnen hat, daß ihre Träger von rechts und links auch äußerlich die Uniform nicht mehr entbehren können.

War es früher die Aufgabe der Kirche, die vorgeschriebene Gesinnung des Menschen eigens zu bestimmen und in festen Normen niederzulegen, so ist diese Betätigung heute das Vorrecht des Staates und der auf seiner Ideologie fußenden Parteien geworden. Der loyale Staatsbürger und der typische Parteimensch unsrer Zeit, beide ruhmlose Symbole modernen Ungeists, haben den Platz des alten Kirchengläubigen vernommen und denken in derselben Richtung weiter. Der Mensch der Gegenwart leidet so stark an der Staatsgläubigkeit, die ihm von allen Seiten eingebleut wird, daß er Furcht hat, ins Bodenlose zu versinken, wenn sich die Formen des Staatsgefüges zu lockern beginnen. Aus diesem Grunde tobt er in unruhigen Zeiten wie ein Besessener und schreit nach dem starken Mann, der ihm das Gefühl der Sicherheit zurückgeben soll. Was er für Stärke hält, ist nur das Zugeständnis seiner eignen Schwäche, die lärmende Kundgebung seines eignen Minderwertigkeitsgefühls. Der Staat ist ihm zur irdischen Vorsehung geworden, deshalb schätzt er die persönliche Initiative gering und erwartet alles Heil von den Diktaten der Auserwählten, die ihm in der Form der Gesetze vor Augen stehen. Er will die Sicherheit der Person durch das Aufgeben jeglicher Freiheit erkaufen und gerät dadurch immer tiefer in die geistige Hörigkeit eines toten Mechanismus, dessen blinde Routine ihm den Geist ersetzen muß.

Gewiß, auch er spricht von der Freiheit, aber immer nur wie die Hure von ihrer Unschuld. Er schachtelt sie ein in den Satzungen der Verfassung und legt ihr tausend Schlingen in der toten Paragraphenweisheit ihrer Gesetze, spricht von konstitutionellen Rechten und Freiheiten und begreift

nicht, daß seine angeblichen Rechte die Gerechtigkeit erwürgen, seine Freiheiten die Freiheit im Prokrustesbett des Staates verröcheln lassen. Das hatte Ibsen tief erkannt, als er an Brandes die inhaltsreichen Worte schrieb: „Was sie Freiheit nennen, nenne ich Freiheiten; und was ich den Kampf für die Freiheit nenne, ist doch nichts anderes als die ständige, lebendige Aneignung der Freiheitsidee. Wer die Freiheit anders besitzt als das zu Erstrebende, der besitzt sie tot und geistlos, denn der Freiheitsbegriff hat ja doch die Eigenschaft, sich während der Aneignung stetig zu erweitern, und wenn deshalb einer während des Kampfes stehen bleibt und sagt: jetzt habe ich sie! — so zeigt er eben dadurch, daß er sie verloren hat. Aber gerade diese tote Art, einen gewissen festgelegten Freiheitsstandpunkt zu haben, ist etwas für die Staatsverbände Charakteristisches. . . . Der Staat ist der Fluch des Individuums. Womit ist Preußens Stärke als Staat erkauft? Mit dem Aufgehen der Individuen in dem politisch-geographischen Begriff. Der Kellner ist der beste Soldat."

Was wir erstreben, ist die Götterdämmerung des Staates, der Sieg der Gemeinschaft über den Ungeist politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Unterdrückung. Wollt ihr den revolutionären Menschen erkennen, so prüft ihn auf seinen Drang zur Freiheit! Hier scheidet sich Neues von Altem, Beschränkung von Unabhängigkeit. Wer die Krücken autoritärer Bevormundung nicht entbehren kann, der gehört nicht zu den Neuen, der ist noch fest verwachsen mit den alten Mächten der Vergangenheit, von denen ihn keine noch so revolutionäre Phraseologie trennen kann. Solange die Revolutionäre von gestern die Reaktionäre von heute werden, ist das Ziel der Revolution nicht erfüllt, ist sie kein Prolog zu einem neuen Werden, sondern nur ein neues Kapitel in der schmerzensreichen und blutigen Geschichte menschlicher Sklaverei.

Sein eignes Leben leben, jedes Ding nach eignem Ermessen beurteilen, nicht länger mit den Gedanken unsrer Großväter denken — dies ist das erste Zeichen eines freien Menschentums.

Erst wenn uns die Freiheit zum inneren Erlebnis wird, bildet sich das Gefühl der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit. Im großen Wir die Wurzeln unsres eigenen Ichs erkennen, schafft wahre Kameradschaft und inneres Verbundensein, die uns keine Regierungsdekrete, keine Diktatur, keine Parteidisziplin geben können.

Nicht in verknöcherten Programmen und doktrinärer Rechtgläubigkeit gibt sich der Drang zu einem neuen Leben kund, sondern in der lebendigen Betätigung der innersten Ueberzeugung und der Entfaltung schöpferischen Tuns auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und individuellen Geschehens. Doktrinarismus ist der Tod der Freiheit, ist blinder Glaube in wurmstichige Heiligtümer, aus denen der Geist längst entwichen ist, ist Verzicht auf eigenes Prüfen und eigenes Denken, ist Umformung glühender Wahrheitsfreude in totes Dogma und geistlosen Buchstabenglauben, der jeder Schöpferkraft entbehrt.

Wie die junge Pflanze sich nur im Lichte entfalten kann, so braucht die Idee praktische Betätigung, um fruchtbar zu sein im Kampfe gegen das Bestehende und für die Eroberung einer besseren Zukunft. Gerade heute, wo die Wogen der Reaktion immer höher schlagen, ist das Zusammenwirken aller freiheitlichen Kräfte eine dringende Notwendigkeit, wenn nicht der letzte Hauch freier Menschlichkeit ersticken soll im Sumpfe unerträglicher Tyrannei und blödester Reaktion. Wir sind umringt von einer Welt von Feinden, denn auch das Gros derjenigen, die sich Revolutionäre nennen, stehen gegen uns. Nie hatte das Wort Bakunins von „der offiziellen Reaktion und der offiziellen Revolution, die mit einander wetteifern in Nichtigkeit und Dummheit", eine größere Bedeutung als heute. Deshalb unsre Parole als Anarchisten: Gegen den Strom, trotz alledem und alledem!

R. R.

Wilhelm II. und der Anarchismus

Der vierte Reichskanzler des kaiserlichen Deutschlands, Bernhard von Bülow, ist vor einiger Zeit gestorben. Als Rentier, dem die Republik zu seinen vielen Privatmillionen noch eine sehr ansehnliche Pension zahlte — hat doch seine Politik nahezu alle diplomatischen Minen gelegt, die, als die wirtschaftliche Lage kriegsreif war, platzen mußten, sodaß man ihn als einen der tüchtigsten Vorarbeiter zum Weltkrieg und seinem Ausgang ansehen darf —, hat Bülow das Gescheiteste getan, was Leute seiner Art im Ruhestande tun können; er hat „Denkwürdigkeiten" niedergeschrieben, die seit einigen Wochen in großen Auszügen in der Vossischen Zeitung erscheinen. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Erinnerungen eines gelenkigen, gerissenen und im engen Bezirk seiner geistigen Beschäftigung sehr wegkundigen Staatslenkers die armselige Geschichte des Deutschen Reiches in den beiden Jahrzehnten von 1890—1910 aufschlußreicher wiederspiegeln als die meisten Memoirenwerke gefallener und gestorbener Regierungsgrößen vorher. Das endgiltige Urteil bleibe zurückgestellt, bis die Denkwürdigkeiten, die im Ullstein-Verlage erscheinen werden, in Buchform vorliegen. Dann kann erörtert werden, wie weit dem lächelnden Berater Wilhelms des Gauklers die Absicht gelungen ist, alle Weisheit im deutschen politischen Geschehen seinem Konto gutzuschreiben, mit allen Dummheiten, Mißerfolgen und Schweinereien aber andre zu belasten und seinem Kaiser zugleich Dienerchen zu machen und ihn der Nachwelt als Hanswurst vorzustellen. Wichtig wird das Werk unter allen Umständen sein, weil es in reichster Fülle unbekannte Tatsachen enthält, aus denen jeder seine Schlüsse ziehen kann, ohne sich um Bülows Urteile kümmern zu müssen.

Eine für die anarchistischen Genossen besonders bemerkenswerte Erinnerung schließt an die Ermordung der österreichischen Kaiserin Elisabeth durch unsern Genossen Luccheni an (10. September 1898). Die Tat war vielfach selbst in anarchistischen Kreisen keineswegs freudig aufgenommen worden. So drückte Gustav Landauer im alten Sozialist sein helles Entsetzen aus und weigerte sich, das Unternehmen Lucchenis als anarchistische Gesinnungsäußerung anzuerkennen. Es gab scharfe Auseinandersetzungen in der Bewegung, ob die Tat vom Standpunkte der anarchistischen Idee aus zu rechtfertigen sei. In Wien nahm man die Nach-

richt von der Tragödie ganz anders auf. Bülow erzählt: „In der Umgebung des Kaisers war eine gewisse Erleichterung eingetreten, als auf das erste Telegramm aus Genf, das nur die Todesnachricht enthielt, ein zweites folgte, das die Ermordung meldete. Das Gefolge des Kaisers hatte gefürchtet, daß die Kaiserin, die den Tod ihres einzigen Sohnes nie verwunden hatte, eine melancholische Natur war und sehr frei dachte, sich ums Leben gebracht haben könnte. Die Ermordung erschien gegenüber dem Selbstmord als das kleinere Übel." Die Gemütswalze wird in diesen Kreisen immer nur fürs Publikum gedreht. Unser Wilhelm aber wußte sofort, was für eine Melodie man darauf leiern sollte. Seine dem Wiener Kollegen hingeweinte flammende Entrüstung mündete in die Forderung, sofort gemeinsam gegen die anarchistische Bewegung vorzugehen. Das Kondolenztelegramm schloß: „Gehandelt muß werden!" Die Österreicher blieben sehr nüchtern, und Franz Joseph ließ Wilhelm zu verstehen geben, daß ihm „staatliche Maßnahmen und politische Schritte" schon deshalb „sehr unerwünscht" seien, weil sie „unsre Beziehungen zu Italien wie zur Schweiz gefährden könnten". Am interessantesten ist die Begründung, mit der Wilhelm in seinem hinter dem Rücken Bülows losgefeuerten Beileidstelegramm die internationalen Maßregeln gegen die Anarchisten forderte. Der Anarchismus, hieß es darin, gehe hervor „aus Liberalismus, Humanitätsduselei, Buhlerei um Volksgunst und vor allem aus der Feigheit der Parlamente".

Am Ende war diese Auffassung des von Attentatsangst hysterischen deutschen Kaisers weniger dumm als andre seiner Kundgebungen, die nicht von Furcht eingeflößt waren. Daß Liberalismus mit Freiheit nichts zu tun hat, wußte er natürlich nicht. Aber daß der Anarchismus von Freiheitswillen getragen ist, empfand er mit vollem Recht als Gefahr für seine Herrlichkeit. Das Wort Humanitätsduselei bezeichnet die Verachtung aller Rohlinge gegen jede Regung menschlichen Anstands; das Gefühl, daß die Idee der Anarchie eine Idee der Brüderlichkeit ist, die dem Despotismus nie gesund sein kann, trog Wilhelm nicht. Wenn er von Buhlerei um Volksgunst sprach, so hatte er insofern wieder recht, als hier die Ahnung in ihm lebendig war, daß der Gedanke des Anarchismus außerordentlich geeignet sein müsse, die Sympathie der Unterdrückten zu erringen. Was endlich die Feigheit der Parlamente betrifft, so traf sich in diesem Punkte Wilhelms Meinung vollständig mit der der Anarchisten. Nur fand er, daß die Parlamente zu feige seien, die Autokratie zu schützen, während wir sie zu feige finden, sich ihrer zu erwehren.

Aus der allgemeinen Aktion der Regierungen gegen die Anarchisten ist nichts geworden. Vielleicht wird einmal etwas aus einer allgemeinen Aktion der Anarchisten gegen die Regierungen.

Der Herausgeber des FANAL konnte für die beiden letzten Hefte nicht in gewohntem Umfange selbst tätig sein, weil er sich seit einigen Wochen zur Vollendung eines neuen Bühnenwerkes in Süddeutschland aufhält. Besonders die Beschäftigung mit den Justizzuständen ist dadurch zu kurz gekommen, auch konnte die Absicht, wieder im Zusammenhange eine Übersicht über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt vorzunehmen, noch nicht ausgeführt werden. Vom nächsten Monat an wird das Versäumte nachgeholt werden.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft:

Jeden Donnerstag 20 Uhr im Lokal Köhler, Neukölln, Zietenstraße 64

Achtung!

Die Zusammenkunft in der zweiten Oktoberwoche findet ausnahmsweise schon am **Mittwoch, den 8. Oktober** im selben Lokale statt.

Vortrag über:

Die indische Freiheitsbewegung

Sorgt für reichlichen Besuch!

Eingänge für den Presse-Fonds:

Dr. Z. Schw., Wien	Mk.	1.47
M. Mratschny, Detroit	„	3.25
E. Rähmi, Winterthur	„	7.15
J. Gaulke, Bln.-Tempelhof	„	5.40
Auf Sammelliste durch P. Berger, Elberfeld	„	17.—

FANAL in Not!

Sorgt für schnellste Einzahlung der fälligen Abonnementsgebühren

Außenstände werden ab 10. Oktober per Nachnahme eingefordert. Wir bitten dringlichst, das erforderliche Geld bereit zu halten, damit uns weitere Unkosten erspart bleiben

Helios Gomez:

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern 2.50 Mk.

Die 25 Blätter dieser Mappe, die im Auftrage der I. A. A. herausgegeben wurde, sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst.

Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung der Mappe!

Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu.

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

Von Erich Mühsam

Das Buch enthält Gedichte unseres Genossen aus der Kriegs- und Revolutionszeit. Die Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, die das Buch aus dem Kurt Wolff-Verlag übernahm, hat den Preis für das revolutionäre Werk erheblich herabgesetzt.

Das Exemplar kostet jetzt:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)
gebunden Mk. 2.— (früher Mk. 3.40)

Das Buch verdient reichliche Bestellung